

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckerei: Auguste W. & S. Jäger Nr. 20.

Vollschleife: Leipzig 21000.
Großstraße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 276.

Mittwoch, 27. November 1918, abends.

21. Jahrg.

Ausführungsverordnung des Arbeitsministeriums
zur Durchführung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge
vom 13. November 1918 (GBl. S. 1305).
§ 1. Die Gemeinden haben sofort die in § 18 genannten Fürsorgeausschüsse zu errichten.
§ 2. Es ist sofort Beschluss über die in § 9 vorgeschriebene angemessene Erhöhung des Ortslohnes nach dem Satz der Familienmitglieder zu fassen.
§ 3. Über die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontrolle der Erwerbslosen nach § 14 der Verordnung sind, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit den Arbeitnehmerorganisationen Anordnungen zu treffen.
§ 4. Die Unterstützungsätze sind für alle Arten von Erwerbslosenfürsorge künftig die gleichen.
§ 5. Der Verordnung ist besondere zu beachten.
§ 6. Anträge auf Vorschüsse nach § 16 Abs. 2 sind dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium einzureichen.
§ 7. Kommunalräte und -behörden im Sinne von § 3 der Verordnung sind für die Städte mit rev. Stadtordnung die Kreishauptmannschaften, für die Landgemeinden die Amtshauptmannschaften.
Dresden, am 18. November 1918.
Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium. Schwarz. 648 II a. 5351

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 29. laufenden Monats ab
1. auf Abschnitt 48 der
roten Nährmittelfarbe I 300 gr Fleisch oder Kindergerstenmehl,
grünen 1 250 gr Fleisch oder Kindergerstenmehl.

2. Auf Abschnitt 48 der
grauen Nährmittelfarbe I 50 gr Suppe,
gelben 1 30 gr Suppe.
3. Auf Abschnitt 45 der gelben Warenbegrenzungsfarbe III 250 gr Kunkhonia.
Die Entnahme hat bis spätestens den 5. Dezember 1918 zu erfolgen.
Der Preis beträgt für
Fleisch 48 Pf. für das Pfund,
Kindergerstenmehl 80 Pf.
Suppe in Würfeln zu 50 gr 10 Pf. für den Würfel,
Kriegssuppe Nr. 30 in Würfeln zu 250 gr 94 Pf. für das Pfund,
für 50 gr 10 Pf.
braune Suppe lose 98% Pf. für das Pfund,
10 Pf. für 50 gr.
Kunkhonia 80 Pf. für das Pfund.
Die bei den Verteilungsstellen durch Mehrzuweisung verbleibenden Überschüsse an Kunkhonia sind sorgfältig zu verwahren und zunächst zur Abgabe an Zugelassene (Heeresentlassene) zu verwenden.
Die Abschnitte 48 der grauen, roten und grünen Nährmittelfarbe I und 45 der gelben Warenbegrenzungsfarbe III sind bis spätestens den 8. Dezember 1918 an diejenige Unterverteilungsstelle, von welcher die Ware ausgeteilt werden ist, einzureichen.
Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gesammelt bis spätestens den 10. Dezember 1918 an die Amtshauptmannschaft einzuladen.
Die Abschnitte 48 der gelben Nährmittelfarbe I sind direkt an Herrn Kommissionsrat Ernst Wille in Riesa bis spätestens den 8. Dezember 1918 einzusenden.
Großenhain, am 26. November 1918.
Der Kommunalverband.
1871 b III.

Erwerbslosenfürsorge in Sachsen.

Weitere Verordnungen zur Ausführung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1305) und die Verordnung über die achtständige Arbeitzeit vom 22. November 1918:
1. Für die Republik Sachsen muß, soweit nicht bereits geschehen, die Erwerbslosenfürsorge mit Montag, den 25. November 1918, in Kraftsetzung treten. Gemeinden, die mit der Einführung der Vorabrechnung noch im Rückstand sind, haben erstmalig am Sonnabend, den 29. November 1918, Erwerbslosenunterstützung in der Gestalt von Vorschüssen in Höhe des nach der Reichsverordnung festgesetzten Ortslohnes auf Antrag auszuzahlen. Hierbei ist eine Wartezeit von einer Woche für die Erwerbslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer anzunehmen.
2. Die Erwerbslosenunterstützung ist auch an solche Arbeiter und Angestellte zu zahlen, die in Übereinkunft mit § 5 der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, betreffend die Maximalarbeitszeit vom 22. November 1918, ohne Einhaltung einer 14-tägigen Fristigung und ohne Weitergewährung des Lohnes für diese Zeit entlassen worden sind. Die Gemeinden haben in diesem Falle im Einvernehmen mit den Berufsgewerkschaften und den örtlichen Arbeiters- und Soldatenräten festzustellen, ob die Arbeitgeber nach ihrer wirtschaftlichen Lage tatsächlich außerstande waren, dem Entlassenen den Lohn auf 14 Tage weiterzuzahlen. Ergibt sich, daß die Unternehmer hierzu in der Lage sind, so haben sie die Erwerbslosenunterstützung an die Gemeinden zurückzuzahlen unbedingt ihrer Verpflichtung, den übrigen zugehörigen Teil des Lohnes an den Entlassenen noch auszuzahlen. Ergibt sich die Feststellung, daß Unternehmer groß, fahrlässig, absichtlich oder böswillig gegen die Verordnung vom 22. November verstößen haben, so sind, gleichviel, ob die vorerwähnte Rückerstattung geleistet worden ist oder nicht, die Gemeinden verpflichtet, dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium unter Beifügung der Unterlagen Anzeige zu erstatten.
3. Der frühesten Termin der Meldung im Sinne des § 2 der Verordnung vom 22. November ist Montag, den 25. November 1918.
Dresden, den 25. November 1918.
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.
Botschafter Schwarz.

Bekanntmachung.

Bei dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium und bei ihm unterzeichneten Botschaftern persönlich, laufen täglich hunderte von Briefen und Mitteilungen einzelner Unternehmer oder Unternehmer-Organisationen ein, die Ausnahmen von der Verordnung vom 22. November 1918, die Maximalarbeitszeit betreffend, für sich beanspruchen. Diese Gesuche können weder Verabsichtung noch auch nur Beantwortung finden. Alle Unternehmer müssen sich aufmerksam nach § 5 der Verordnung mit den Berufsgewerkschaften in Verbindung setzen und eine Einigung mit diesen anstreben. Weiter laufen Mitteilungen von Arbeitern und Angestellten ein, daß Unternehmer die Determinationen der Verordnung vom 22. November 1918 nicht beachten. Auch diesen einzelnen Anträgen kann von hier aus nicht nachgegangen werden. Sie müssen vielmehr bei den zuständigen Berufsgewerkschaften angebracht werden.

Dresden, am 25. November 1918.
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.
Botschafter Schwarz.

Öffentliches und Sachsisches.

Riesa, den 27. November 1918.

Öffentlicher Bericht über die gestern Sonntagnachmittag im Realprogymnasium abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Von dem Kollegium fehlte Herr Stadt-Schulrat. Als Vertreter des Rates waren die Herren Bürgermeister Dr. Scheibe, Hauptmann Sommer, Dr. Schiebel, Hauptmann Sommer.

Schönheit und Stadtrat Dietrichmann anwesend. Die Sitzung leitete Herr Stadtrat-Rath. Romberg.

Der Eintritt in die Sitzungsräume machte der Vorsteher folgende Ausschreibungen:

Meine Herren!

Seit der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums haben sich Ereignisse von einer gewaltigen Tragweite vollzogen. zunächst ist mit unseren jüngsten Feinden im Westen ein Waffenstillstand eingegangen worden, ein Waffenstillstand, dessen harte wesentliche Bedingungen und die Kriegsergebnisse zu den größten Schwierigkeiten und schlimmsten Gefahren zu führen droht. Weiters hat in der Zwischenzeit die Revolution in einem in der Weltgeschichte wohl noch nicht dagewesenen Ausmaße im ganzen deutschen Reiche ihren Gang nedelt. Sicher ist sie ohne erhebliches Auftreten, meist rubig verlaufen, aber den führenden Männern der Nation muß ein großer Maß an Klugheit und Weisheit, an Kraft und Stärke zu Gebote stehen, um Ruhe und Ordnung weiter aufrecht zu erhalten, um alle die im Vordergrunde bestehenden Interessen stehenden Fragen regeln zu können, ohne daß eine Reibung erzeugt wird, welche leicht zu einer Explosion führen kann.

Das Herz eines jeden und einer jeden wahren Deutschen müßte erkennen, daß es wichtig zu dem von mancher Seite prophezeiten Bürgerkriege, zu einem Kriege der Brüder und Schwestern untereinander, der unabdingt zu dem gänzlichen Verfall unseres großen deutschen Vaterlandes führen würde, auf das wir doch alle als Habs gezwungen sind, und das allein es uns ermöglicht, im Weltverkehr, im Range der Völker uns erfolgreich durchzulegen und behaupten zu können. Damit würden wir unseren Feinden nur in die Hände arbeiten und ihnen über unsere innere Herrschaft eine große Genugtuung verschaffen. Möchten wir vor einem solch bitteren Misserfolg bewahrt bleiben.

Der Umfang hat in alle öffentlichen Gewalten eingegriffen, auch in diejenige unserer städtischen Gemeinschaften. Hoffentlich sind die Folgen daraus zu ertragen und wird die Entwicklung unserer Stadt nicht gebremst, etwa berichtet, daß ihre Einwohnerzahl nicht bald wieder ein aufsteigendes Dasein zu leben vermögen.

Iedenfalls wird sich unsere Bevölkerung in die neuen Verhältnisse zu finden und ihre Urtümchen gegenüber den Verhältnissen der neuen Zeit zu tun wissen.

Sind auch die Leiden der Gegenwart groß, so ist dennoch nichts verloren, wenn nur der Geist uns bleibt. Meine Herren, an dem rechten, mutvollen, lebendigen, zuverlässlichen, aber auch einsichtsvollen Weise dürfen wir es nicht lassen lassen, namentlich jetzt nicht, jetzt in den Tagen der Umgestaltung aller Verhältnisse. Gerade jetzt dürfen wir nicht kleinmütig und versagt sein, im Gegenteil, wir haben alle Kraft, und mutig und tapfer zu agieren und dies mehr noch als während des Krieges, in dem falsche Muster die Massen bestimmt und ihre geleitet haben.

Bindet dieses Wahrwort, das zu äußern mir ein Bedürfnis ist und das besonders gegenwärtig angebracht sein dürfte, bei rechten aufnahmefähigen, fruchtbaren Boden, dann braucht es uns und das Werken der Dinge, überhaupt um unsere Zukunft, durchaus nicht bang zu sein.

Hierzu wurde in die Sitzungsräume eingetreten:
1. Wohnungsnachweis. Der Vorsteher brachte den Entwurf eines Ortsgerichts über einen öffentlichen Wohnungsnachweis für Mieter und Vermieter in der Stadt Riesa, der dem Einwohnermeldeamt angegliedert werden soll, zur Beratung. Das Ortsgericht will im „Riesaer Tageblatt“ bekannt gegeben werden. Die Strafbestimmungen des Entwurfes, die unter Umständen die Verhängung von Haft vorsehen, führen zu einer Aussprache. Es wurde schließlich ein Vorschlag des Herrn Bürgermeister Dr. Scheibe angenommen, daß bei ehemaligen Autoüberhandlungen an Stelle der Strafe ein Verweis stehen kann. Hierauf wurde das Ortsgericht einstimmig angenommen.

2. Oberrealschule. Die Frage des Ausbaus des lebhaften Realprogymnasiums mit Realchule zu einer Oberrealschule hat die Stadtverordneten, sowie die Roß-

schulkommission und den Rat beschäftigt. Die Notwendigkeit, der Frage näher zu treten, ist auch dadurch veranlaßt worden, daß der Leiter unserer höheren Schule, Herr Stadtkonservator Prof. Dr. Göhl, beantragt, in den Ruhestand zu treten. Die Realchulkommission hat beschlossen, den städtischen Kollegien zu empfehlen, den Ausbau des Realprogymnasiums mit Realchule zu einer Oberrealschule zu beenden und mit dem Ausbau mit Beginn des nächsten Schuljahres anzukündigen. Der Rat hat hierauf beschlossen, das Realprogymnasium mit Realchule zu einer Oberrealschule umzuwandeln bzw. auszubauen und dezent drei obere Klassen mit je sechs Stunden wahlfreien Lateinunterricht auszustatten für diejenigen Schüler, die sich der Jurisprudenz und Medizin zuwenden wollen. Mit der Einrichtung soll mit Beginn des nächsten Schuljahres in der Weise begonnen werden, daß zwei 6. Realklassen eingerichtet werden und eine Oberrealschule aufgesetzt wird, während bis 6. Klasse des Realprogymnasiums wegfällt. In der Aussprache bemerkte Herr Stadtr. Richter, daß es vermutlich keinen Zweck habe, diese Frage heute weiter zu verfolgen, denn es würden vermutlich Entscheidungen der Regierung zu erwarten sein, die auf schulmäßigen Gebiet einnehmende Veränderungen brächten. Herr Stadtr. Richter teilte die Bedenken nicht. Man werde die Vorlage verabschieden können, da sie ja doch sobald erst vom Ministerium vorgelegt werden müsse, daß dann seine Entscheidung treffen werde. Herr Stadtr. Mende stimmte der Vorlage zu, weil unsere höhere Schulanstalt in ihrer jetzigen Gestalt nicht mehr existenzfähig sei. Er äußerte jedoch Bedenken gegen den Lateinunterricht und gegen die Einrichtung von zwei 6. Realklassen. Herr Bürgermeister Dr. Scheidegger bemerkte, daß es vermutlich keinen Zweck habe, diese Frage heute weiter zu verfolgen, denn es würden vermutlich Entscheidungen der Regierung zu erwarten sein, die auf schulmäßigen Gebiet einnehmende Veränderungen brächten. Herr Stadtr. Richter teilte die Bedenken nicht. Man werde die Vorlage verabschieden können, da sie ja doch sobald erst vom Ministerium vorgelegt werden müsse, daß dann seine Entscheidung treffen werde. Herr Stadtr. Mende stimmte der Vorlage zu, weil unsere höhere Schulanstalt in ihrer jetzigen Gestalt nicht mehr existenzfähig sei. Er äußerte jedoch Bedenken gegen den Lateinunterricht und gegen die Einrichtung von zwei 6. Realklassen. Herr Bürgermeister Dr. Scheidegger bemerkte, daß man sich ja nicht entzweit auf sechs Stunden wahlfreien Lateinunterricht festlegen brauche. Es braucht nur gesagt zu werden, daß die drei oberen Klassen wahlfreien Lateinunterricht erhalten sollten. Herr Stadtr. Hugos brachte verschiedene Wünsche bezüglich des Stundenplanes vor. Ein Antrag Mende, der den Lateinunterricht ausschalten wollte und nur eine 6. Realklasse vorhab, wurde nicht genügend unterstützt. Hierauf gelangte der Votusbeschuß einstimmig in der abgeänderten Fassung zur Annahme, daß die drei oberen Klassen mit Lateinunterricht ausgestattet seien. Die Worte „mit je sechs Stunden“ wurden gestrichen. Unsere höhere Schulanstalt wird also vom nächsten Schuljahr ab eine Oberrealschule werden, das Realprogymnasium kommt in Wegfall, vorausgesetzt natürlich, daß das Vorhaben die Genehmigung des Ministeriums findet.

3. Vertretungsstunden der Lehrerschaft. Den Beschlüssen des Finanz- und Schulausschusses, sowie des Rates, mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres ab die Kosten für Vertretungs- und Vereinigungsstunden an den hiesigen Bürger- und Fortbildungsschulen vom Beginn der Vertretung an auf die Schulställe zu übernehmen, und für die Vertretungsstunde drei Mark zu verhören, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Bedenken waren auf ein entsprechendes Schluß der Lehrerschaft hin gefasst worden.

4. Kindergarten. Um die im Kindergarten untergebrachten Kinder im Sommer mit Gartenarbeiten beschäftigen zu können, soll dem Kindergarten das neben der Kindergarten gelegene frühere Pfarrgutfeld, 800 Quadratmeter groß, zum Kaufpreise von 40 Mark jährlich überlassen werden. Das Kollegium trat diesem Vorschlag einstimmig bei.

3. Erhöhung der Schatzabfahrt. Die weitere Erhöhung der Schatzabfahrt macht eine übermäßige Erhöhung der Schatzabfahrt notwendig. Der Staat hat befohlen, alle Gebühren, mit Ausnahme der Salz- und Zichinenabfahrt, um 50 Prozent zu erhöhen. Nachdem Herr Staatsrat Hirschmann die Befreiungsfreiheit der Erhöhung näher begründet, trat das Kollegium dem Ratsbeschluss einstimmig bei.

4. Tropfen-Geld ausg. Der Ratsbeschluss berichtet über die zum vierten Empfangsausdruck für die heimkehrenden Truppen in Russland genommenen Vorschriften. Den Truppen werden Kinovorstellungen im Stadttheater von Bach in Görlitz geboten, ferner Theatervorstellungen im "Stern". Außerdem werden ihnen Suppe und drei Stück Zigaretten pro Mann verabreicht. Im "Stern" wird nach Eintreffen sämtlicher Truppen ein Empfangsabend veranstaltet, zu dem an Soldaten und Bürger Karneval gleichmäßig ausgeteilt werden. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 10.000 Mark. Dieser Betrag wurde vom Kollegium einstimmig bewilligt.

Das Kollegium nahm außerdem noch handen mit dem Verlust des Daniels-Kennnis, daß der Staat von der verstorbenen Frau Franziska Damme 6000 Mark vermacht worden sind. Die Sinten sind vom Rat offiziell an eine alte Mutter ausgeschlossen.

Sitzung der Sitzung gegen 1/2 Uhr.

5. Heimkehr von Feldtruppen der Garde-Kria. Nach mehrwöchiger Bahnfahrt, von Berlin kommend, traten gestern abend die 2. und 5. Bataillone des Bionier-Bataillons Nr. 29 mit einem Schleppzug hier ein. Eine viertausendköpfige Menschenmenge war nach Böhmen gekommen und hielt den Tag und die bewaldete Höhe vor dem Bahnhofsgebäude fest, um Zeuge des Augenblicks der Ankunft zu sein. Durch Ordner wurde das Publikum von den Bahnsteigen ferngehalten, soweit nicht Fortansweise als Begleitung vorkam. Der Zugvorsprung traf gegen 1/2 Uhr ein und fuhr langsam durch den Bahnhof nach Dr.-Vl. Reichstein, einem vorzüglichen Demobilisationsort. Auf Bahnstraße 2 hatte die Musikkapelle der Bioniere Aufstellung genommen, die die Uniformen mit einem rotten Mantel bekleidete. Ferner waren blassige Soldaten- und Arbeiterkinder zugegen. Sie mit frischen Blumen geschmückten Krieger wurden mit freundlichen Sprüchen der Menschenmenge begrüßt. Eine Rundfunkaufzeichnung des Demobilisationsortes übertrug beide Kompanien wieder nach Böhmen zurück, wo sie ab dann nachts 11 Uhr zur Auslobung an der Rampe des Güterbahnhofes einkamen. Nach kurzer Zeit ließen sich die Mannschaften mit Marschmusik ihrer aus dem Felde mitgebrachten Räume unter Vorantritt der Soldaten- und Arbeiterkinder und unter Führung des Leutnants Rodewald nach ihren Quartieren, dem "Feldkantinenhaus" und dem "Kronprinz", in Bewegung. Die Mannschaften rückten mit Wappeln und Waffen ein. Der Wagenpark und die Feldküchen wurden nach der Bionierkaserne gebracht. Der mit demselben Transport beimgedachte Bataillonstab der 22. Bioniere blieb in Velupas an. Weitere vier Kompanien des Bataillons traten von Osten und Westen während der letzten Tage in der Heimat ein und sind in der Oschatzer und Döbelner Gegend verquartiert.

6. Lebensmittelverteilung. Vom 29. Ibd. bis ab kommen, wie aus der amt. Bekanntmachung vorliegender Nummer 11 ersieben ist, auf Abschnitt 48 der roten und grünen Rücksitzkarte 1 Stück oder Kinderdeckenmehr, auf Abschnitt 48 der grauen und gelben Rücksitzkarte 1 Suppe, auf Abschnitt 48 der gelben Warenkarte III Runkhong zur Verteilung.

7. Beleidigung. Ein böhmisches Dorf erlitt gestern abend gegen 1/2 Uhr im Wartesaal 2. Klasse des Bahnhofs Riesa. Ein Feldpostlager, welches mit dem Transport aus dem Felde hier angelangt war und seine Abzeichen laut Vorwurf seiner Division mit einem roten Streifen versehen hatte, wurde von einem Soldaten ergriffen, seine Kleidstücke zu entnehmen und auf seine Weisung geschnitten. Anzeige bei der Bahnpostkommandantur ist sofort erfolgt und steht der Soldat seiner Bestrafung entgegen.

8. Viehzählung. Gegenüber ausgetragten Viezhälfen, ob die auf den 4. Dezember angelegte Viehzählung stattfinden soll, wird mitgeteilt, daß eine Rundierung von maßgebender Stelle nicht beabsichtigt ist. Die Viehzählung findet demnach statt.

9. Güterverkehr. Infolge der durch die Demobilisierung verursachten außerordentlichen Transportverzögerung der Eisenbahnen ist nunmehr auch in Sachsen vom 24. November an der gesamte Öl- und Großgutwagenladungsverkehr in demselben Umfang eingestellt worden, wie dies im übrigen deutschen Gebiet bereits seit einiger Zeit nötig geworden ist. Angelaufen sind darnach b. a. m. nur die Lebensmittel (seinschl. Butterküchen), Salzmittel, Kohlen, Kohle, Bleierts, Zeitungendruckpapiere, gefüllte und leere Kesselwagen, Sonderzüge für Bergwerke, ferner mit besonderer Genehmigung der Einheitskommandantur Militärgut und Material für die Militärverwaltung. Die gilt zum 24. 11. für andere Güter erstellten Wagengestellungsbescheinigungen verlieren ihre Gültigkeit. Solche Güter werden nur angenommen, wenn die Annahme von der zuständigen Betriebsdirektion oder dem Wagenbüro der Generaldirektion trotz der Spezies genehmigt wird. Die Gütekontrolle bleibt in dem bisherigen Umfang bestehen, doch können Genehmigungen für die Verförderung von Gütern, die nicht auf der Kreativität stehen, zunächst nur in ganz besonderen Fällen erteilt werden.

10. Verteilung eines selbständigen Menschenstaates von Sachsen. Auf Bauen schreibt man uns: Auf Veranlassung des Landtagsabgeordneten Bauri finden gegenwärtig in verschiedenen Orten der Oberlausitz Versammlungen unter den Menschen statt, in welchen zur Erteilung eines selbständigen Menschenstaates aufgerufen wird. Für die zu diesem Zwecke erforderliche Propaganda sind auf einer Versammlung in Großröhrsdorf 8000 Mark gespendet worden.

11. Haushaltungen und Kartoffelversorgung. Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsnährstandes die Bundesregierungen erlaubt, anzuordnen, daß die Haushaltungen bis 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zugelassen ist. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen Haushaltungen Schweine sind abzufangen von den Haushaltungen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist und von nun nicht abgenommenen Haushaltungen möglichst ohne Verzug zur Erfüllung des Haushaltungsvertrages heranzuziehen.

12. Die freiwillige Krankenpflege. Aus Berlin wird gemeldet: Am Dienstagabend mit dem Vollzugsort des Arbeiter- und Soldatenrates gibt das Kriegsministerium bekannt: Das gesamte Personal der freiwilligen Krankenpflege in der Heimat und in der Kappe, Mitglieder der Sanitätskolonnen, Sanitätsaufseher, freiwilliger Krankenpfleger im Kriege und alle Schwester, die für die Kriegsbauer verpflichtet sind, haben den Dienst in den Lazaretten und beim Abtransport der Lazarettsäfte bis auf weiteres auszuführen. Verlassen des Dienstes wird bestrafen.

13. Die Vergleichung der entlassenen Reserveangehörigen. Das Reichsnährungsamt teilt mit: Die Grundlage für die Vergleichung der entlassenen Reserveangehörigen scheint noch nicht hinreichend bekannt zu sein. Ihr Inhalt wird daher im nachstehendem zweiten Absatz ausführlich wiedergegeben.

1. Die Vergleichung

erfolgt aufgrund eines Truppenvertrags, der durch die Ratsversammlung erlassen wurde. Durch die Ratsversammlung ist der Entlassenden Vergleichung für zwei Tage mitzugeben. 2. Berichten, die vom Willkür entlassen sind, erhalten auf Grund der Entlassungsbestätigung bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch Ratsversammlungen die erforderlichen Lebensmittelkarten oder sonstige Dokumente zur Versorgung ihrer Vergleichung oder sonstige Dokumente, aber besonders Vergleichungserlaubnisse, welche durch die Ratsversammlung ausgestellt werden. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Entlassenden regelmäßig in die Lebensmittelversorgung aufgenommen sein. 3. Willkürverträge, die eine Entlassung ausgenommen sind, werden die Ratsversammlung nicht vornehmen können, sind in erster Linie an militärische Versorgungseinheiten zu versetzen. 4. Die Gemeinden erhalten für die durch diese Auswirkungen bedingte Wiederlokation der zu den zukünftigen Städten treten, notwendig ist mit den Intendanturen wegen Vorberichtigung aus militärischen Bedürfnissen in Verbindung zu treten.

14. Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung der Wiederlokation. Die Reichsregierung bereitet, wie wie von außständigen Seite erlaubt, ein Gesetz vor, das weitere Maßnahmen zur Verhinderung der Bringenkosten Wiederlokation und Versetzung der Gefahren der Obdachlosigkeit vor sieht. Danach soll bei jeder Bundesregierung ein Staatskommissar für das Wohnungswesen auf Grund eines Einvernehmens mit den Bundesregierungen bestellt werden, der wiederum bei jeder Oberverwaltungsbörde, in deren Bezirk ein Mangel an Wohnungen vorhanden oder zu befürchten ist, einen Beitragswohnungskommissar zu bestellen hat. Dieser Kommissar liegt die Förderung der Herstellung geeigneter Klein- und Mittelwohnungen innerhalb des Verwaltungsbereichs des oberen Verwaltungsbereichs ob. Es ist geplant, ihm das Recht zu geben, zum Zweck der Bereitstellung des erforderlichen Geländes für Bebauungsbauteile am Stelle der Notentzündung eine Zwangsabtretung für die Dauer bis zu dreißig Jahren auszuschreiben. Er soll weiter das Recht haben, die in seinem Bezirk geleisteten Biegeln zur Wiederaufnahme des Betriebes anzubauen und, wenn sie der Auflösung nicht nachkommen, die amangangene Ausnutzung des Betriebes für die Rechnung des Bezirks anzubringen.

15. Herauslösung der Krankenversicherungsgrenze. Die Reichsversicherungsordnung sieht bei Betriebsbeamten und ähnlichen Angestellten, Handlungs- und Abtheilungsgehilfen, Gehörten und Gelehrten, Bürgern und Arbeitnehmerinnen sowie Schülern eine Höchstgrenze des jährlichen Arbeitsverdienstes vor, über die hinaus sie der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Diese Grenze, die jetzt 2500 Mark beträgt, erwies sich bei den gegenwärtigen Leistungsberechnungen als durchaus unzureichend. Eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten sieht sich daher bis auf weiteres auf 5000 Mark herauf. Gleichzeitig wird die erst durch die Reichsversicherungsordnung eingeführte Höchstgrenze des jährlichen Gesamteinkommens von 4000 Mark befestigt, über die hinaus die freiwillige Selbstversicherung und die Witwenversicherung bei den Krankenkassen nicht fortbestehen darf. Die neue Verordnung tritt am 2. Dezember 1918, das heißt, mit dem Beginn einer Arbeitswoche in Kraft. Versicherungsberechtigte, die während des Krieges infolge Überreisen der angegebenen Höchstgrenze aus ihren Salzen ausgeschlossen sind, können sich jedoch sechs Wochen nach Antrittsstellen der neuen Verordnungen auf weiteren freiwilligen Versicherung bei ihrer Krankenkasse melden. Eine inzwischen trock. Überreise tens der Höchstgrenze tatsächlich fortgegangen Mitgliedkraft soll nachträglich nicht mehr angefochten werden. Die wieder- oder neuversicherungspflichtigen Personen sind von ihren Arbeitgebern rechtzeitig bei der Kasse anzumelden, doch ist die erteilte Meldepflicht bis zum achten Tage nach dem 2. Dezember 1918 verlängert worden.

16. Freileistungen im Wertpapierverkehr. Sicher ist es aus Mangel an brauchbaren Verwaltungssachen, Bindfaden, Siegeln usw., den Absehenden vielleicht nicht möglich gewesen, bei Poststellen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den ledigen hohen Preisen der Sparobliges, der seitens der Postverwaltung auf Grund des Postgeldes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem willkürlichen Wert der Sendungen zurück. In entsprechender Weise hat nun der Staatssekretär des Reichs-Postamtes verfügt, daß vom 15. November ab bei Poststellen mit einer Wertangabe bis 100 Mark verschlüsselte keine höheren Anforderungen an Verpackung und Verschluß zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mark keine Versteigerung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absehenden möglich gemacht, Pakete im Wert bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Versteigerungsgebühr von 10 Pf. als Wertpapier abzuliefern. Sehen derartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt oder vergraut, so wird bei der Rücksendung die Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Fall wird nur der leichtere erzielt. Aus Vertriebsrätschen ist bei Paketen bis 100 Mark der Wert nur auf der gelben Pakettarife, nicht aber auf den Paketenfeldt angesetzt.

17. Entschädigungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Das Gesamtinteresse macht folgendes bekannt: Die Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte wird in nächster Zeit endgültig geregelt. Bis dahin wird vorläufig angeordnet: Der städtische Arbeiter- und Soldatenrat ist berechtigt, von der Gemeinde Geld aus Gemeindemitteln zur Durchführung seiner Aufgaben zu beanspruchen. Die Mitglieder, die auf Grund dieser Tätigkeit eine andere Verdienstgeltung nicht ausüben können, erhalten Vergütungen, deren Höhe der Arbeiter- und Soldatenrat unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse selbst bestimmt. Andere oder vorübergehende Tätigkeit und Teilnahme an Sitzungen der Räte werden, wenn nach der Bekanntmachung über Fortführung der Dienststätte vom 16. November 1918 entschädigt. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben über ihre Aufwendungen Rechnung zu legen und der zur Zahlung verpflichteten Gemeinde eine Abschrift der Rechnung zu geben.

18. Sammeln der Waffen. Offiziell wird aus Berlin gemeldet: Alle Arbeiter- und Soldatenräte werden gebeten, Vorbereitungen zu treffen, daß alle Waffen und Ausrüstungsstücke, die auf Waffenfabriken oder anderen Orten von Truppen oder einzelnen Truppenteilen hergestellt oder abgegeben worden sind, gesammelt, bewahrt und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Arbeiterbedarf ausgeführt werden. Ausführung dieser Weisung wird große Werte des Volkserbrechens erhalten. J. A.: Unterstaatssekretär Höhne. Reinhardt.

19. Waffenstillstand und Grenzlage. Durch die Waffe ist dieser Tag eine Weisung gegangen, wonach die Untiere in Verstärkung der von Deutschland eroberten Vorstellungen darauf Rücksicht nehmen will, daß die Fortsetzung der Blockade die Ernährung Deutschlands nicht behindern wird. Den Waffenstillstandserklärungen wird daher ein Ablauf beigegeben werden, daß die Alttierten und die Vereinigten Staaten mit der Ernährung Deutschlands weiterhin des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Umfang befehlen werden. Dieses Entgegenkommen ist begründet, und ein Angenommen dafür, daß die Gedanken der Waffenstillstandserklärung und der für alle Staaten notwendigen Wiederanfang

zung der militärischen Besitzungen nicht mehr nach dem Ende gewinnen. Doch müssen wir aber nicht, in zweiten Mengen und zu welcher Zeit die Untiere und Lebensmittel liefern wird, wie sich die Transportationsgleiche halten werden, auch wissen wir noch nicht, wie groß mit dem Fortgang des Demobilisationskriegs die deutsche Kriegs- und Lebensmittel einwickeln kann. Jedoch in für die nächsten Monate eine Erleichterung noch nicht zu erwarten. Da könnte deshalb zu zweiten Gefahren führen, wenn diese Nachricht eine hohe Bevölkerungsrate im Verbraucher Lebensmittel zu Sorglosigkeit oder Verlacknung verleiten würde. Auch wie vor ist darüber Sorge zu melden mit den Lebensmitteln und Krebsfeste Durchführung der Befreiung ist der Ratsversammlung notwendig, um Städte und Land vor Hungersnot und ihren unablässlichen Folgen zu schützen.

20. Winterreinbedeckung mit Kartoffeln. Im Hinblick auf die schlechte Kartoffelabfleierung war durch Erlass vom 20. Oktober um 25 Prozent verhindert. Um die Deckung des Siedlerkartoffelbedarfs nach jeder Erhöhung hinzu fördern, ist diese Einschränkung jetzt auf 50 Prozent erhöht worden. Ferner sollen die Kartoffelbekände durch Einführung der Froststruktur mit Kartoffelerzeugnissen gefüllt werden und die Belieferungen an die Trockenreihen sind zu diesem Zweck bis auf weiteres gehoben. Die Froststruktur mit Kartoffelerzeugnissen wird daher nicht benötigt. Bei den landwirtschaftlichen Trockenreihen sollen die ursprünglich zur Verarbeitung freigegebenen Kartoffeln zur Erfüllung der Belieferungsaufgaben der Kommunalverbände herangezogen werden. Nur die Kartoffel unter 1 Zoll sowie die zum menschlichen Verzehr nicht geeignete Ware dürfen den Trockenreihen zur Verarbeitung abgegeben werden. Diese Beschränkungen werden bis zur erfolgreichen Winterreinbedeckung der Siedlerverbände aufrechterhalten.

21. Strebla. Eine bemerkenswerte Maßnahme hat der böhmis. Arbeiterrat gegen einen Gußbetrüger in Grobholz getroffen. Dieser wird beschuldigt, seit 1914 in freiebalter Weise Wunder mit Lebensmitteln betrieben, ferner buntfarbige Soldaten und Privatpersonen beim Versprechen noch Lebensmittel fälschlich abgewiesen zu haben. Es ist ihm deshalb eine Geldstrafe von 5000 Mark auferlegt worden. Die Summe ist an die Armenstube in Strebla sofort zu zahlen. Der Streitbeilebt bestellt Vergeltungen gegen die Verordnungen des Bundesrates, die Gewerkschaft haben und Gewerkschaftsauflösungen aufgestellt sind. Diese Vergeltungen sind aber durch ein ordentliches Gerichtsurteil, in welchem erst urteilswürdig festgestellt werden muß, ob der Anklage Kartoffeln zu Grunde liegen, zu abenden.

22. Großenhain. Nach Kenntnis einer geringen Menge Schnaps sind in einer böhmis. Familie 4 Personen ernstlich erkrankt. Die Erkrankung besteht in Erbrechen, Steinkrankheit des Blutes und hat sich bei einer weiblichen Erkrankten noch auf die Augen gelegt. Die Flasche Schnaps (Rummel) wurde von einem mit der M. Abtg. 222 zurückgekehrten Soldaten in einem Proviantauge gefüllt und scheint fast zu enthalten. Es haben noch viele Männer solche Flaschen Schnaps gefaßt. Deshalb ergibt die ernekte Warnung vor dem Guß. Diese ergibt die ernekte Warnung vor dem Guß. Die Angeklagten des Vorgangs ist erfaßt. Die Unterföhrung wird sich vor allem darauf zu erfreuen haben, ob hierbei etwa ein verbrecherlicher Akt von Seiten des Betrüger vorliegt.

23. Großenhain. Ein Bauernrat für den Amtsgerichtsbezirk Großenhain wurde in einer am Sonnabend im Saalhof-Saal abgehaltenen Versammlung, die von gegen 200 Bürgern und dem Rittergut besucht war, begründet. In den nächsten Tagen wird nun in gleicher Weise je ein Bauernrat für den Amtsgerichtsbezirk Niederschönau und Riesa gebildet werden. Gußbetrüger Möhld wird zum Schluß der Versammlung in die alte Organisation, dem Bund der Landwirte sowie für weitgehendes Ableben von Nutzungsmiteln, damit die Wahlen zur Nationalversammlung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen können.

24. Wommelz. In der unerlaubten Gegend verübt werden. So sind der Frau verw. Weller mit Lebensmitteln betrieben, ferner buntfarbige Soldaten und Privatpersonen beim Versprechen noch Lebensmittel fälschlich abgewiesen zu haben. Es ist ihm deshalb eine Geldstrafe von 5000 Mark auferlegt worden. Die Flasche in Grauswitz drei Böcke gefüllt worden. Das Spitzbuden, die unerlaubte Gegend befreit, immer wieder Beute machen, ist ein Beweis dafür, daß sie außer Rechtlichkeit auf Beute vorliegt.

25. Meissen. Von den betriebsenden Truppen traf am Montag nachmittag als erste Abteilungen die Siedlerkavallerie-Regimenter Nr. 107 und 1015 auf dem böhmis. Hauptbahnhof ein. Nach Verlassen des Zuges rückten die Mannschaften nach den nächsten überbleiblichen Ortsteilen, um ihre dort vorbereiteten Quartiere zu belegen.

26. Dresden. Zu den im Kriege reichgewordenen Deutzen zählen auch diejenigen, die zeitweilig Tabak und Zigarren auf die Seite brachten, um sie während der Zeit, als diese Waren knapp wurden, zu hohen Preisen wieder an den Mann zu bringen. Ein Dresden Geschäftsmann, der die "Konjunktur" ausnutzte, ließ durch eine Reihe von Einläufen in Sachsen Tabak und Zigarren in ungeheure Mengen austauschen. Die Ware wanderte nach Hamburg, und kam dann wieder zu teuren Preisen auf den Markt. Der findige Geschäftsmann soll bei diesem Geschäft nicht weniger als drei Millionen Mark verdient haben. Der Steuerbehörde wird diese Mutterbildung nicht unerwünscht sein.

27. Dresden. Im Kriege eine eigene Landwirtschaft zu errichten. Eine Antwort auf die ländliche Anfrage steht noch aus. Die Landwirtschaft hat den Zweck, Beziehungen wieder anzugeben.

28. Kamenz. Bei einer Revision der Viehbestände Viehbestände wurden als nicht angemeldet festgestellt 10 Schweine und ein Ferkel, dazu bei einem Bauern 183 Pfund Rindfleisch und 18 Pfund Wurst; derselbe Bauwirt hatte allein fünf Schweine nicht angemeldet.

29. Braunaub. Im alten Süßigkeiten ein Schadensfall, der die ländliche Umgebung annahm und neun Stunden wirkte. Die Hälfte des Schadens wurde vernichtet, durch Beleidigung wurde großer Schaden entrichtet. Ein Christenburger verlor seine Vermögensfläche verloren.

30. Schleiz. Die böhmis. Landwirte haben sich zu einer freiwilligen Spende von 80 Stük Butter und zu einem einmaligen Verkauf auf ihre Selbstversorgungseinheiten bereit erklärt. Diese Butter ist für die ländliche Woche an 60 arme und frische Einwohner verteilt worden.

31. Hohenstein-Ernstthal. Gefunden wurde im nahen Hüttengrund ein etwa 50 Jahre alter unbekannter, gutlebiger Mann.

32. Görlitz. Eine appetitregende Knäckebrot, welche sich im dieguen. "G. Lagedi." Man lese: "Frische Blut- und Knäckebrot Montag und Dienstag eingetroffen. Hunde kaufte jedoch zu guten Preisen. (Unterschrift.)" Man braucht gewiß die Hunde mit der Knäckebrotwurst nicht in Verbindung zu bringen, aber was liegt näher?

33. Chemnitz. Landtagsabgeordneter Hellrich gibt bekannt, daß vom 1. Dezember d. J. ab sämtliche Chemnitzer Betriebe bzw. Fabrikarbeiter zu ländlichen sind. Neue Herstellung oder Verarbeitung von Zwecken in den Nächten ist von dem genannten Tage ab streng verboten.

34. Wilsdruff. In drei Bataillonsabteilungen traf am Sonnabend das Infanterie-Regiment Nr. 128 aus dem Felde in seiner Garnisonstadt Wilsdruff ein. Riß über bezüglich der Garnisonierung der Soldaten und der Garnisonswirtschaft.

Löse

174. GÖTTSCHE-SERIEN
Sitzung 1. Stelle am 4. u. 5. 12. 1918
empfiehlt
Eduard Selberrich.

Es freuen sich die glückliche Geburt eines ununterbrochenen Jungen, der den Namen Eberhard führen soll, anzuseigen.

Dr. Ing. Hermann Zeising
und Frau Doro geb. Böke.

Mühlhausen i. Th., Augustastr. 46,
den 24. November 1918.

Frieda Ulbricht
Carl Kieditzsch
grüßen als Verlobte.

Nünchritz Falkenstein i. V.
27. November 1918.

Herzlicher Dank!

All denjenigen, welche den Sarg unserer lieben Enkelkinder, der Frau

Christiane verm. Ziegler

so schön mit Blumen schmückten und ihr das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, sagen wir hierdurch unsern aufrichtigsten Dank. Besonders Dank der lieben Gemeindeschwester und den Nachbarn, die unsre gute Mutter durch treue Hilfe in den letzten schweren Tagen unterstützten. — Da aber, liebe Mutter, habe Dank und ruhe in Frieden!

In tiefer Trauer Martin Niedel und Frau

und alle Hinterbliebenen.

Treteft leis zu meinem Grab,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Die wagt, was ich gelitten habe,

Gönnt mir nun die lühe Ruh.

Grüße, am Begräbnistage.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben, teuren Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers, Onkels und Schwiegervaters, des Maurers Herrn

Wilhelm Berger

lagen wie hierdurch allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte unsern herzlichsten Dank.

Besonders danken wir den Herren Gemeinderatsmitgliedern und Schulvorständen zu Rünnitz, dem Bauarbeiterverband Niela, der Ortsgruppe Gröba, sowie Herrn Werner Ueland für die trostreichen Worte im Hause und den Herren Lehrern für den erhebenden Gesang.

Die aber, lieber Sothe und Vater, rufen wie ein „Ruhe sanft“ und „Hab Dank“ in Dein

Leib zu seines Grab nach.

Nünchritz, den 24. November 1918.

Die trauernde Witwe und Kinder.
Auf Wiedersehen!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Gatten u. Bruders

Berthold Neumann

lagen wie allen lieben Freunden, Nachbarn, Bekannten und dem Rath. Männerverein für den schönen Blumenschmuck und das leute Geleit zu seiner Ruhestätte unsern innigsten Dank.

Besonderer Dank der Direktion Nauchhammer, seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern im Martinwerk für die schöne Kron- und Goldspende.

Gerner haben die trostreichen Worte des Herrn Werner Werner am Sarge unsern Herzen sehr möglichtan.

Welsa, den 27. November 1918.

Die trauernde Witwe und Schwester.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer viel zu früh von uns geschiedenen Gattin, Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Cousine, Frau

Lina Darre geb. Bühlberg

föhlen wir uns veranlagt, allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern für den herzlichen Blumenschmuck, sowie der lieben Arbeiterchaft Nauchhammer für die reichliche Goldspende innigsten Dank auszuwenden. — Da aber, teure Enkelkinder, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in Dein viel zu frühes Grab nach.

Du warst so gut und stark zu tragen.

Wer Dich gekannt, vergift Dich nie.

Im lieben Schmerz

Paul Darre nebst Kindern.

Nauch., Steinbach und Gaunitz.

am Begräbnistage.

Bürger und Bürgerinnen!

Behalt Eure Rechte! Besucht die Versammlung am Freitag im Stern!

Allgemeine Ortsfrankensäße Gröba

Ausschusssitzung

am Donnerstag, den 12. Dezember 1918,

abends 18 Uhr im Hotel „Thüringer Hof“ in Gröba.

Tagessordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Führung der Jahresrechnung für 1918.
2. Beschlussfassung betr. Voranschlag 1919.
3. Verschiedenes.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Verkäufer werden hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Ob. Sekr. Vorl.

Am

Auftruf aller Getreidearten

sind alle nachstehenden Firmen oder deren Beauftragte berechtigt.

Ferd. Raiss, Riesa,
H. W. Seurig, Riesa,
C. F. Seurig Nachf., Langenberg,
G. Schuster, Wülknitz,
Fritz Donath, Glaubitz,
Bezugs- und Absatz-Gensch. Prausitz.

Getreide - Einkauf Großenhain,
eingetr. Gen. mit beschr. Gültigkeit
in Großenhain.



Ceres
hat die hervorragendste Güte
Motore
Dreschmaschinen
in allen Ausführungen
Drillmaschinen
Göpel
Reinigungsmaschinen
Hackmaschinen
Hand-Drill- und
Dibbelmaschinen
Verlangen Sie bitte
besten Katalog von
Ceres
Maschinenfabrik Akt.-Ges.,
vorm. F. A. Höhner
Liegaustr. 3-25.

Arbeitspferd
steht zu verkaufen
Bors. Nr. 11.

Ardennuer,
2½ Jahr. Blauschimmelwall.,
hat zu verkaufen
Treben Nr. 2.

Zugpferd
steht zu verkaufen
Neben Nr. 4.

Gebr. Kinderwagen
zu verkaufen
Hauptstr. 64, Schubert.

Federbett
aus Privathand zu kaufen
gekauft. Frau S. Reich, Dresden-A., Gr. Brüdergasse 14-1.

Stiel- u. Stallbesen
gut geb., hat abzugeben Schok-
weile nach all. Bahnhofstationen
Angermann,
Dresden, Schandauerstr. 10.

Windfaden,
echten u. Eros, bei
H. W. Thomas & Sohn,
Niela, Hauptstr. 60.

Bilder
werden edig,
oval u. rund
eingehängt.
Mits.
Bausther Str. 3, Haferborn.

Schuhcreme:
1 Dose vorzügliche schwarze
Schuhcreme, Dose nur 45,-.
Federfett, schwarz, Dose 80,-.
Grießflocke, vorg. D. 80,-.
F.W. Thomas & Sohn
Niela, Hauptstr. 60.

Kohlrüben
Kohlrabi
Karotten
Nettiche
empfiehlt

Georg Schneider
Kais.-Franz-Joseph-Str. 3a.
Die heutige Nr. umfaßt
8 Seiten.

Vereinsnachrichten

Gemeindeverein. Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr
Versammlung im Maisterial. Tagessordnung: Eingänge.
Vortrag des Herrn Schuldirektor L. R. Diezel. Das
genannte Treppenhaus Trajant in Zukunft. Ver-
sprechung der politischen Lage. Um zahlreichen Besuch
wird gebeten.

Turnverein Gröba. Freitag, den 29. d. M., abends 8 Uhr
Versammlung in der Wartburg.

Gasthof Pausitz. Theater der Stadt Riesa.

Sonntag, den 1. 12. 8 Uhr.

Wahltag des Gepr. Christian Richter und Sandow.

Zum Totleben! Auf Verlangen!

Das Fluge Elschen über: Heiliger
oder: Heiliger über: Heiliger
oder: Wünschen und Wünschen die Stadtsoldaten.
Siehe Sonnenblumen und Blattblättern.
Die Direktion.

Meiner weiten Rundfahrt von Stadt und Land zur
gell. Kenntnisnahme, daß ich

meine Schmiederei

in vollem Umfang selbst wieder aufgenommen habe.

Hugo Gruhle,

geb. Schmidig. und Schmiedemeister Niela.

Goethestr. 47 — Telefon 490.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Filiale Riesa.

Landwirte.

Um eine genügende Vertretung bei der jetzigen Regierung zu haben, ist es unbedingt nötig, in den Orten, wo es noch nicht geschehen ist, sofort örtliche Bauernräte, bestehend aus 3—6 Landwitten — je nach Größe des Ortes —, zu wählen. Die gewählten Herren wählen unter sich einen Delegierten, welcher den Ort nach außen vertritt.

Diese Delegierten werden aufgefordert zu einer Versammlung, zur Wahl eines Bauernrates für den Amtsgerichtsbezirk Niela, sich

Sonntag, den 1. Dezember 1918, abends 5 Uhr
in der Elbterrasse in Riesa einzufinden.

Es kommen dabei nur die Orte des Amtsgerichtsbezirks Riesa in Frage, die in der Amtshauptmannschaft Großenhain liegen.

Jeder Delegierte hat einen vom Gemeindevorstand seines Ortes unterstempelten Ausweis vorzuzeigen.

Ohne Ausweis kein Eintritt.

Landwirtschaftlicher Verein Riesa.
Landwirtschaftlicher Verein für Röderau und Umgegend.

Die Vorsitzenden.

Allen Bekannten und Verwandten zur traurigen Nachricht, daß am

Montag meine liebe Frau, unsre liebe Mutter und Großmutter

Frau Lina Schubert geb. Altmann

nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Im tiefer Trauer
Adolf Schubert nebst Kindern
und Enkeln.

Stadt. Hauptstr. 64, den 27. November 1918.

Die Beerdigung findet Freitag 2 Uhr von der Halle aus statt.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Verleger: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Stahl, Riesa.

Nr. 276.

Mittwoch, 27. November 1918. abends.

71. Jahrg.

Die Wahl der Nationalversammlung.

Die Reichskonferenz hat sich nicht nur grundsätzlich für die Wahl eines Ausgleichs ausgesprochen, der Rat der Volksauftragten hat hier auch am 26. November mit dem im Reichstag am Innern ausgearbeiteten Entwurf beschäftigt. In der Reichskonferenz selbst hat Scheidemann mit erfrischender Deutlichkeit ausgesprochen, daß technische Schwierigkeiten nicht bestehen. Der „Vorwärts“ ist am 26. November auf diese Aussicht zurückgekommen und hat die Umrisse eines Wahlverfahrens veröffentlicht, das ebenfalls den Vorzug der Einschaffung befreit. Scheidemann schlägt vor, daß das Wahlrecht auf Grund der Verhältniswahl möglichst werden könnte, wobei für die Soldaten der Militärrat zu gelten habe, während sich alle anderen Wählern einen entsprechenden Ausweis zu verschaffen hätten. Auch die Einrichtung der Wahlbewerber sollte sich ohne viel Formalitäten bewerkstelligen. Die Wähler hätten eben eine Liste der ihren politischen Überzeugung entsprechenden Bewerber abzugeben, deren Zusammenfassung die Aufgabe der Parteileistungen sei.

Scheidemanns Vorschlag hält also an dem System der starken Listen fest. Die Wähler sind an die Vorschläge der Parteien gebunden, was zunächst im Mittelpunkt der Diskussion auch unvermeidlich ist. An sich will die Verhältniswahl möglichst allen Parteien eine ihrer Stimmenzahl entsprechende Vertretung sichern. Während bei der Mehrheitswahl, zum Beispiel bei den Reichstagswahlen, infolge der Wahlteilnahme große Wählermassen platz durchfallen, soll die Verhältniswahl einen Ausgleich schaffen. Die Mehrheitswahl läßt zu, daß in einzelnen Wahlkreisen ein Bewerber ... einer Stimmenzahl gewinnt wird, die einen Bewerber in einem anderen Wahlkreis zum glatten Durchfall verhilft. Beispieldeweise sind bei der letzten Reichstagswahl in Flöha-Baditz Abgeordnete mit 10.000 Stimmen glänzend gewählt worden, während in einem großstädtischen Wahlkreis Gewerbet mit 30- und 40.000 Stimmen nicht einmal in die Riechung gelangten. Die Verhältniswahl befürwortet zunächst die kleinen Wahlkreise, hebt damit also auch den bisher festgehaltenen Unterschied von Stadt und Land auf. Um alle Stimmen zur Geltung kommen zu lassen, müssen möglichst große Wahlkreise gebildet werden. Die Zahl der Abgeordneten wird über nicht mehr nach der Fläche, sondern nach der Bevölkerungszahl umgelegt. Wenn also bisher eine Provinz bei einer Seelenzahl von zwei Millionen vielleicht zehn Abgeordnete wählt, während Groß-Berlin bei drei Millionen Einwohnern nur noch 10 Mandate zu vergeben hatte, wird künftig ein Ausgleich in dem Sinne geschaffen, daß die Zahl der Abgeordneten für jeden Wahlkreis der Gesamtzahl angepaßt wird. Die Parteien sollen für die einzelnen Wahlkreise jeweils soviel Gewerbe: auf Flächenwahl, als der Wahlkreis zu vergeben hat. In der Regel werden noch aus praktischen Gründen einige weitere Bewerber voraussetzen. Die Verteilung der Abgeordneten geschieht nun in der Weise, daß jede Partei nach der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bewertet wird, und die Mandate jebedem auf eine erreichte Stimmenzahl fallen, die für alle Parteien gleichartig ist. Ein Beispiel soll das klarmachen: Bei der letzten Berliner Reichstagswahl wurden insgesamt 400.000 Stimmen abgegeben, darunter 300.000 für die Sozialdemokraten, 70.000 für die Fortschritter und 20.000 für die Konseriativen. Wenn Berlin nach der Verhältniswahl 10 Abgeordnete zu stellen gehabt hätte, so wären der Sozialdemokratie vielleicht 9, den Fortschritten 1 und den Konseriativen gar kein Sitz zugeschlagen. Eine gerechte Verteilung ist das auch nicht, allein das Beispiel zeigt, daß bei der Verhältniswahl die größten und am stärksten dargestellten Parteien die günstigsten Aussichten haben. Die Zahl der Wahlberechtigten zur Nationalversammlung ist anscheinend der Abschöpfung des Wahlrechts auf alle Personen bei einer Geschlecht, somit sie hat 20. Lebensjahr ausreichend haben, außerordentlich gestiegen. Es wird bisweilen eine Frauenwahl werden, dann hat die Zahl der Wahlberechtigten Frauen übersteigt die der Männer um fast drei Millionen. Darin liegt für alle Frauen die Füllung, sich für die neue Aufgabe vorzubereiten.

Die Lage im Reiche.

Zur Reichskonferenz.

Über die Vorgänge in der gestrigen Reichskonferenz hören wir noch, daß höchst einziger Regierungsvorsteher grundsätzlich gegen eine Nationalversammlung ausgesprochen hat; abgesehen von dem Vertreter Braunschweigs, der die Nationalversammlung als eine Verteilungs-Einrichtung hinstellte. Die Vertreter Württembergs, Badens, Sachsen erklärten sich für die Einberufung einer Nationalversammlung. Der bayerische Ministerpräsident Eisner sprach sich nur bedingt dafür aus, während der Vertreter Sachsen gleichfalls für die Nationalversammlung war, sich jedoch gegen ihre sofortige Einberufung wandte. Wie wir weiter hören, sind einige Folgen aus dem vorgegetretenen Gegensatz zwischen dem Volksauftragten Bayerns und Dr. Sol nicht zu erwarten.

Die Anträge, zu denen sich schließlich die Beratungen der Reichskonferenz verdienten, forderten einerseits schlußendlich Frieden, Einberufung der Nationalversammlung und bis zu deren Ablösung eine zentrale Arbeiter- und Soldatenrat, andererseits (Antrag Eisner) ein bis jetzt fehlendes provisorisches Reichspräsidium zur Verhandlung mit dem Gegner. Umgestaltung des Auswärtigen Amtes und Neubesetzung mit Männern, die sich in der Opposition gegen den Krieg bewußt haben, sowie Rücknahme mit den Bundesstaaten von Erlass von Gewalt für das ganze Reich.

Gestern vormittag fand eine Sitzung der Regierung unter Beteiligung des Staatssekretärs statt, in der das Reichsministerial für die konstituierende Nationalversammlung, das bereits im Entwurf vorliegt, durchberaten wurde. Das Gesetz soll mit möglichster Eile verkündet werden.

Sitzung des Berliner Volksgerichts.

Die Sitzung des Volksgerichts am Dienstag wurde vormittag 11 Uhr mit der Besprechung interner Angelegenheiten eröffnet. Des Weiteren wurden die konterrevolutionären Pläne gewisser militärischer Stellen zur Sprache gebracht. Der Volksgerichtsrat ist sich darüber einig, daß gegen diese reaktionären Umtriebe unverzüglich Gegenmaßnahmen im Verein mit der Regierung ergreifen werden müßten. Anschließend wird die Zusammenfassung bestimmter Soldatenräte, in denen feudale Offiziere die Führung haben, erörtert. Dieser Tendenz ist die größte Auseinandersetzung zu widmen und ihr entgegenzuwirken.

In längerer Aussprache beschäftigte sich der Volksgerichtsrat mit der Notwendigkeit und den Methoden der politischen Propaganda, vor allem bei den zurückkehrenden Truppenmassen. Es wird die Verteilung entsprechender Flugblätter beschlossen.

Ein Vorschlag wendet sich gegen die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte Wismars, die in einer irreduzierbaren Ausdehnung an die Arbeiter- und Soldatenräte zur Bildung einer Reichskonferenz für den 8. Dezember im Reichstaggebäude aufgerufen haben. Der Volksgerichtsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins hat für den 16. Dezember bereits zu einer Delegiertenversammlung eingeladen.

Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Schwarzen der Rieselution, die beim Rückmarsch der Armeen in Ost und West plünderten. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen durch Funkstörung angefordert werden, die schärfsten Maßnahmen gegen die unehelichen Heeresangehörigen und die Schläger zu ergründen.

Nach mehrstündigter Pause tritt Weiterberatung um 5 Uhr ein.

Ein neues Mitglied des Riesaer Soldatenrats nimmt als Galt an der Sitzung teil und berichtet über den Verlauf der Revolution in Riesa.

Nach Erörterung einer sehr wichtigen internen Angelegenheit wird der Wahlschlüssel zur Delegiertenversammlung vom 16. Dezember beraten und angenommen. Es wird abschließend im Anschluß an die Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes betreffend Clemenceau beschlossen, hierzu Stellung zu nehmen, und zwar in der Mittwochssitzung, die auf 9 Uhr anberaumt ist.

Schluss der Sitzung gegen 9 Uhr.

Staatssekretär Bauer über Sozialpolitik.

Einem Zeitungsvertreter gegenüber äußerte sich der Staatssekretär Bauer über die nächsten Aufgaben des Reichsarbeitersamtes:

In diesen Tagen wird eine Verordnung herauskommen, die das Recht der Enteignung zu Gunsten des städtischen Wohnungswesens erheblich erweitern und vereinfachen wird. Über den Modus der Abfindung sei natürlich noch nichts Bestimmtes festgestellt. In Frage kommt, ob man den Ertragswert der letzten drei Jahre vor dem Kriege als Grundlage der Wertberichtigung annehmen soll oder, was natürlich jedem Grundbesitzer erheblich unangenehmer sein würde, die Selbststeinschätzung zu den Wehrbeiträgen. In Bezug auf das ländliche Siedlungsnetz haben Verhandlungen mit den Vertretern der maßgebenden landwirtschaftlichen Verbände stattgefunden. Dabei ist vereinbart worden, daß die Zahl der Wohneinheiten für jeden Hektar ein Drittel zur Entwicklung von Bauernhäusern zur Verfügung gestellt wird. Es ist selbstverständlich in Aussicht zu nehmen, daß falls, was ja sicher ist, eine hochprozentige, sagen wir 80-prozentige oder noch höhere Vermögensabgabe zur Deckung unserer Schulden eingesetzt wird, die Grundbesitzer diese Aufgabe in Form von Grund und Boden tragen können. Der Abstand des Großgrundbesitzes ist selbstverständlich ein erfreuliches Ziel und mit der Siedlung und Schaffung von Bauernstellen können wir wohl schon ein gutes Stück vorwärts kommen, aber einmal ist das selbst bei dem energetischsten Vorgehen eine etwas langwierige Arbeit und dann würde es sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, soviel Siedlungsstellen zu schaffen. Durch Gesetz wird nun bestimmt werden, daß alle solchen Abkommen verbindlich sein werden für die hier in Betracht kommenden Erwerbswege. Es sind Verhandlungen im Gange zwischen den landwirtschaftlichen Verbänden und den beiden Landarbeiterverbänden. Es wird nun natürlich die Landwirtschaft angepaßte Abmachungen treffen wie die für die Industrie vereinbart worden sind. Als Staatssekretär des Arbeitsamtes habe ich mit der Sozialisierungfrage nicht direkt zu tun, dafür ist ja auch eine besondere Kommission eingesetzt. Alle Experimente großen Umfangs müssen gerade jetzt in dieser gefährlichen wirtschaftlichen Lage vermieden werden. Der gefährlichste Feind des Sozialismus sind die Totschläfer.

Bildung einer Armee für Ruhe und Ordnung.

Wie wir erfahren, werden zur Zeit im Kriegsministerium Vorbereitungen zur Schaffung einer sozialistischen Armee getroffen. Von den zurückstromenden Truppen soll ein Teil zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zurückbehalten werden.

Bildung eines Freiwilligen Korps in Wilhelmshaven.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Wilhelmshaven wird ein Freiwilligen Korps von etwa 1500 Mann zusammenstellen. Es wird aus Mannschaften gebildet, die bereit sind, bis zur Beendigung der Revolution während des Überganges in den sozialistischen Staat den Sicherheits- und Wacht Dienst zu übernehmen.

Die rote Fahne.

Aus Cottbus wird gemeldet: Bereits vor einigen Tagen batte ein Offizier mit 2 Unteroffizieren eine vom Triumpfbogen vor dem Bahnhof 2 erlöste rote Fahne herabzureißen verloren. Gestern früh 5½ Uhr erschien Leutnant Krüger, Mittelalter Krothe und ein dritter Offizier, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die von dem Posten alarmierte Wachmannschaft stand Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Mittelalter wurde getötet und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls. Der Central-Arbeiter- und Soldatenrat warnt in einem Aufruf vor Beleidigungen der roten Fahne, die unanständig gehandelt werden müßten, und weist auf das Beispiel der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Ansichten die schwarz-weiße und schwarz-weiß-rote Fahne unbestanden gelassen habe.

Bericht über den Streik in Oberschlesien

erfahren wir, daß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur um Zeitstreik handelt, die bald hier, bald dort auftreten. Ein allgemeiner Streik dürfte nicht zu befürchten sein.

Die Schulfrage.

Der Unterstaatssekretär Dr. David ist, wie wir erfahren, mit der Prüfung der Aktion des Auswärtigen Amtes aus den Vorkehrsmonaten beschäftigt.

In Besprechungen der Münchner Entführungen über die Vorgeschichte des Krieges tritt die Wiener Arbeitersitzung dafür ein, daß die ganze Wahrheit über die infame Verschwörung gegen den Frieden der Welt an den Tag kommt und alle Schuldigen entlarvt werden müßten. An anderer Stelle verlangt das Blatt unter Hinweis auf die in der letzten Sitzung der Nationalversammlung getätigten Anträge, welche die Untersuchung der Vorgänge fordern, die zu dem fälschlichen Zusammensinken der österreichisch-ungarischen Armee geführt haben, die rücklässige Bekämpfung derjenigen, welche die chaotische Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee hervorgerufen haben, und die Ermittlung der Wahrheit gegenüber dem Volke über alles, was an Beeinflussung der Justiz, an Betrug, an Verhinderung des Friedens und Korruption des Krieges verübt worden ist.

Aus München wird gemeldet: Zu den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes bezüglich des Friedensangebotes an Deutschland trifft Prof. Jaffé mit: Es war ursprünglich meine Absicht, Mitteilungen über das Friedensangebot erst vor dem nächsten Staatsgerichtshof zu machen, der die Vorgeschichte des Krieges nachzuprüfen haben wird. Nun vertritt aber W.L.B. unter dem 20. November jedoch Dementi, das der mir bekanntenen Tatsachen widerspricht. Es muß eindeutig vor aller Welt festgestellt werden, was die merkwürdige Theorie des Auswärtigen Amtes eigentlich bedeutet. Ich wiederhole: Am 21. November erklärt W.L.B., daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht hat. Am 23. November ist daselbe Auswärtige Amt genötigt, anzugeben, daß eine bestätigte Mitteilung tatsächlich an das Auswärtige Amt ergangen ist. Da nunmehr laut Mitteilung des Auswärtigen Amtes vom 23. November die Unterstaatssekretäre von dem Bunde und von Stumm in den nächsten Tagen ihr Ab辭egebot einreichen werden, so darf man damit die Angelegenheit wohl als erledigt betrachten. Jaffé.

Bremen erwartet die Engländer?

In Bremen ist die Situation nach Privatnachrichten höchst kritisch. In Versammlungen, die von Deuten der Spartakus-Gruppe geleitet werden, wird den Bremer Bürgern geraten, sich mit möglichst viel Bargeld zu versehen, weil die Engländer mit aller Bestimmtheit erwartet werden müssen. Mit der Bekämpfung des Lloyd wird sicher gekeucht. In den Versammlungen wird mit dem Bürgerkrieg gedroht. Die bolschewistische Strömung ist außerordentlich stark. Sie bereitet vor allem die Arbeiterschaft in den großen Werken.

Wie die „Telegraphen-Union“ von bestunterrichteter Seite erichtet, entspricht die Meldung nicht den Tatsachen. Die eventuellen Aenderungen des territorialen Bestandes.

Wie wir zuverlässig erfahren, steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß sie keine Veränderung des territorialen Bestandes des Reiches anerkennt, sondern alle Änderungen zur Beschlußfassung der Nationalversammlung unterbreiten wird.

Vorheuer, der französische Kommissar für Verkehrsfragen, teilte mit, daß französische und deutsche Abgeordnete in Luxemburg zusammenentreten würden, um eventuellen Gebietsaustausch zwischen beiden Rheinländern zu besprechen.

Ausbreitung der kommunistischen Bewegung in Petersburg.

In Petersburg ist es, laut Nachrichten aus Sarajevo, zu Kämpfen zwischen Arbeitern und deutschen Offizieren gekommen. Die kommunistische Bewegung greift auf die dort gewohnten Fabrikabschüsse mehr und mehr über. Weiße Garde sammelt sich bei Starvo zum Angriff auf Petersburg.

Die Forderungen der holländischen Sozialisten.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der erste Minister hatte gestern mit einer Kommission des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Niederländischen Gewerkschaftsbundes eine Besprechung. Dem Minister wurde eine Abschrift der von dem Rotterdamer Kongress am 16. und 17. d. M. angenommenen Entschließung übergeben. Bliegen erläuterte die Forderungen und wies dabei in erster Linie auf die Rotwolligkeit weitergehender Fürsorge für die Demobilisierten hin. Die politischen Forderungen werden in der Volksvertretung näher besprochen werden. Ferner wurde auf die Sozialisierung der Betriebe gedrängt. Der Minister antwortete, daß er sich freuer würde, wenn einige der geäußerten Wünsche bald verwirklicht werden könnten.

Generalstreik in Valparaíso.

Die Amts erfahrene aus Valparaíso, daß am Sonnabend ein Generalstreik ausgebrochen ist. In Santiago wurde eine enorme Massenversammlung abgehalten, wo Vertreter sämtlicher Arbeitervereine Reden hielten und die Forderungen stellten, daß die Regierung schnellstens Magazin ergröße, die Preise der Lebensmittel herabsetzen. Dem Präsidenten wurden von einer Kommission die folgenden Forderungen vorgelegt: Aufhebung der Einfuhrzölle auf Vieh und Zucker, freie Einfuhr aller Rohstoffe.

Wird auch Japan demokratisch?

Die New-Yorker Evening Post, die diese Frage amtiert, führt die Meinung von in New-York lebenden Japanern an, nach der die Einführung des Kabinettis Hara eher inneres als äußeres Ursachen hat. Die äußere Politik soll danach, soweit die Beziehungen zu anderen Ländern in Frage kommen, feststellen: nur eine Nähigung des Tones könnte man erwarten. Auch an der Intervention in Sibirien werde nichts geändert werden. Wohl aber sei ein bestimmter Wechsel in der inneren Politik zu erwarten, der zwar nicht so radikale Formen annehmen, aber doch auf die starke Bewegung im Lande Rücksicht nehmen müsse. Es werde eine Erweiterung des Bahnrechts nach Süden geben, und das Programm der neuen Regierung werde auch die Lösung sozialer Probleme in einer gerechteren Verteilung des Besitzes umfassen. Es heißt, daß der Tag gekommen sei, an dem die Bildung der japanischen Volksmeinung aus den Händen der alten Staatsmänner genommen und jüngeren, in modernen demokratischen Gedanken ausgebildeten Männern übertragen werde.

Der Friedensfrage.

Waffenstillstandsverlängerung?

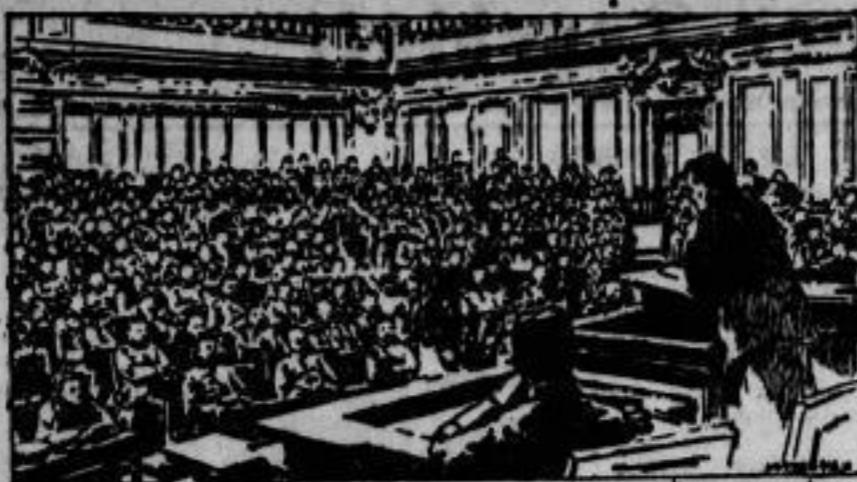
In Londoner politischen Kreisen erwartet man, wie ein Bericht besagt, eine Verlängerung des Waffenstillstandes, um die Verhandlungen über den Preliminarien Frieden zu ermöglichen, der Anfang Februar abgeschlossen werden könnte.

Vord. Cecil über die Friedensbedingungen.

Das Reuter'sche Bureau meldet: Vord. Robert Cecil hat in Ostindien über die Friedensbedingungen gesprochen und betont, daß diejenigen, die an den im Kriege begangenen Weltverbrechen schuldig seien, bestraft werden müßten, besonders diejenigen, die an Unhandlungen und Grausamkeiten gegen hilflose Krieger geprangt. Die Schuld tragen, müßten die schweren Hand der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu führen bekommen. Ein Böllerbund, der sein Ziel nicht mit dem Drängen auf Bestrafung derjenigen begönne, die überbler Schuldig seien (Bangab. Bellfall). Dem Gegenseitig zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müsse ein Ende gemacht werden. Auf Vertragen der Blockade gab Cecil zu, daß dabei Fehler gemacht worden seien. Aber keine Blockade der Weltgeschichte sei wirklicher gewesen als diese.

Patent in Straßburg.

Nach einer Pariser Meldung hieß Marshall Pétain, von General Castelnau begleitet, gestern einen feierlichen Zug in Straßburg an der Spitze der Armee Gouvernement.



Eine Sitzung der Soldaten-Räte im grossen Richtagsitzungsraum.



Köln

Bravouröse Worte an das Volk.

Das Paris wird gemeldet: Ein alle Aufsicht an das Volk. Das für ein Wunder hält die Straßburger und Elsässer vollbracht, indem ihr trotz aller Verdrückungen und trotz des letzten Rades in eurer Freiheit ganz die heilige Liebe zum Vaterlande bewahrt habe. Die Geschichte kennt gewiss kein zweites Beispiel einer so bewunderungswürdigen Freiheit. Die Soldaten haben heldenmärtig in den langen Schlachten, die es jemals gegeben hat, gekämpft. Sie seit ruhmvoll bedienten daraus hervorgegangen. Die furchtbare Schrein ist gefallen und der Adler der Grenadiere wieder geworfen. Wie einst kommt Frankreich zu euch Ihr Straßburger, wie eine Mutter zu ihrem lieben Kind, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur eure Gewohnheiten, eure lokalen Neuerlebnisse, euren religiösen Glauben, eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch eure Wunden verbinden und in diesen schwierigen Tagen eure Ernährung sicher stellen. In diesen feierlichen dreifachen Stunden, die den Triumph des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit für die deutsche Heimat bringt, mögen wir uns, die betroffenen Eltern und ihre betreuenden Soldaten in der gleichen Liebe vereinen: Es lebe Frankreich! Es lebe die Eltern! Es lebe die Republik!

Gehämmelte Fliegerblätter.

An einem der letzten Sonntage fiel auf die Straßen der Stadt Bern eine große Masse von Fliegerblättern aus freier Luft nieder, die unter dem Titel "Neben nicht von Sterben" die in Frankreich kämpfenden amerikanischen Truppen aufforderten, die Waffen nicht mehr länger gegen Deutschland zu führen, da sie ja doch nur für die Engländer und Franzosen kämpften. Ein Flugzeug wurde augenscheinlich abgeschossen.

Regelung der Gefangenentrage.

Die deutsche Waffenstillstandskommission stellt mit, daß es am 24. November eine Einladung an unsere Gegner hat ergehen lassen zur Einberufung einer Besprechung über die Lage der Kriegsgefangenen. Von unserer Seite ist die Einladung angenommen worden. Die Besprechungen werden demnächst in Berlin beginnen. Zum Teil sind die Vertreter in Berlin schon angekommen. Die Kommission hat weiter um Erlaubnis zum Abtransport in der Armee liegender Divisionen per Schiff gebeten, weil andere Verkehrsweisen nicht mehr bestehen. Sie hat ferner mitgeteilt, daß sie es an Vermögenswerten nicht festen lasse, Baumaterial für die künftigen Bahnen der Entente zur Verfügung zu stellen.

In einem anderen Schriftsatz stellt die Waffenstillstandskommission mit, daß die 8000 auf dem Balkan für die Entente zur Verfügung stehenden Lokomotiven nicht Beutelokomotiven, sondern in der Hauptstadt deutsches Material seien, während sie von neuem auf die Güterverteilung der Waffenstillstandslage in Deutschland hingewiesen. Der Vertreter Englands hat eine schriftliche Erklärung überreicht, wonach er festlegt, daß England irgendwelche Entschuldigungen über die Behandlung der englischen Kriegsgefangenen durch den Kriegsvertrag auf keinen verworrenen Fall nicht anzunehmen kann. Die Briten, die daran schuld seien, würden aus Niedergeschlag geprungen werden, und England würde, wenn es sein möchte, die Durchführungen der Bedingungen des Waffenstillstandes mit Waffengewalt erzwingen.

Der deutsche Vertreter protestierte jedoch gegen die vorzeitige Belohnung von Orten in der Pfalz und die vorzeitige Gefangenennahme deutscher Soldaten auf linsenähnlichem Gebiete.

Zum Schluß gegen die Polen.

Zum Schluß gegen die Kreisbergen der Polen, die aus dem Provinz Polen brochen, ist nach der Stadt Driesen an der Oderbahn Artillerie gelegt worden. Erstens ist damit wieder, wie in früheren Jahrhunderten, eine Schule gegen die Polen für die Mark Brandenburg geworden.

Die Entente und Wilhelm II.

Meint aus London: Der Korrespondent Neutze in Belgien meldet vom 24. Ich erfuhr aus einer Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Staatssekretärinnen nach einer Unterredung der Kriegsgefechte erklärt haben, daß es die Wucht Hollands sei, die Auslieferung des deutschen Kaisers zu beflechten und daß der Kaiser, da er keine frühere offizielle Erklärung über seine Thronabdication gegeben hat, und da er nicht das Recht hat, als Prinzregent berücksichtigt zu werden, auch keine Anprüche auf eine Befreiung in Holland gestellt machen kann. Die Wilhelmer erwähnen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gesichert werden soll.

Die Italiener in Südtirol.

Wie der "Boerner Ritter" meldet, geben die Italiener in Südtirol durch Maueranlagen bekannt, daß die Besetzung des Landes bis zum Reichsgebiet zum Brenner und Loppio als endgültig anzusehen ist.

Mobilisierung in Rumänien.

Überflüssige Nachrichten aus Rumänien aufgrund der Mobilisierung der rumänischen Streitkräfte ausgetragen. Nach dem Operationsplan wird das rumänische Heer Siebenbürgen besiegen. König Ferdinand wendet sich in zwei Proklamationen an die Soldaten und ruft sie unter die Haken, um den unterbrochenen Krieg nunmehr zu Ende zu führen.

Australischer Welten für Europa.

Ein Australien werden sofort 4000 Tonnen Weizen nach Europa gebracht werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wissenschaftliche der politischen Arbeiters. Es ist längst herausgewiesen worden, welche Weise die katholische Heimlichkeit der zivilen Belegschaften, deren Lager von deutscher Wachmannschaft zum Teil entblößt worden war, die sie leicht und für unsere Charaktere bedeutet, da sie im Osten sie an den wichtigsten Eisenbahnknosspunkten wie Wien und Warschau mit Kavaren, ohne Transportmittel für die Weiterreise zu finden. Sie hungern und frieren und werden zur Verzweiflung getrieben, weil es web-

Lebensmittel noch Unterstände gibt. Auch der fast überbaute Abtransport der politischen Arbeiter aus Deutschland nach Polen benutzt, insbesondere wegen des Mangels an Verkehrsmitteln, großen Schwierigkeiten. Die auf Weiterförderung wartenden Arbeitermassen, für die in sanitärer Hinsicht nicht vorgesehen werden konnte, bedeuten eine schwere Belastung für die öffentliche Gesundheit. Es finden zur Zeit Beratungen zwischen den Fleischressorten und verschiedenen privaten Komitees statt, wie der schweren Not dieser armen Arbeiter aus dem Osten - insgesamt waren während des Krieges etwa 700 000 solcher Arbeiter in Deutschland - geholfen werden könnte.

Ein Fabrikbetrieb als Arbeitsergenossenschaft. In einer Versammlung des Brandenburger Bergkunstes teilte Geheimer Kommerzienrat Benz mit, daß er seinen gesammelten Betrieb einer Arbeitsergenossenschaft übergeben wolle. Alle Vorrite sollen der Genossenschaft weit unter Tagespreis angerednet werden. Auch sollen ihr einige 100 000 Mark Betriebskapital übergeben werden, das nur mit drei Prozent verzinst werden soll. Den übrigen Gewinn sollen Arbeiter und Angestellte teilen.

Staatsmonopol der Schulbücher. Aus Buchhändlernkreisen wird mitgeteilt, daß der neue preußische Kultusminister Adolf Hoffmann ein Monopol für sämtliche Schulbücher herstellen beabsichtigt. Diese sollen unter Abschaltung des privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Buchhandlungen von Staat wegen verlegt und gedruckt werden.

Das

Frauenstimmrecht in Deutschland.

Das Frauenstimmrecht will eine der ersten Errungenheiten sein, die die Durchdringung einer politischen Gleichberechtigung alias gelingt. Die Fortsetzung nach dem Wahlrecht ist für den Erfolg des Frauenbewegung eines der Hauptziele, dem die Frauen nachstreben. In einzelnen Staaten haben sie dieses Ziel bereits erreicht. So seitens die Frauen in den Städten der australischen Föderation das volle Wahlrecht, ebenso in verschiedenen Staaten der amerikanischen Union. In Amerika erlangten die Frauen des Territoriums Wyoming schon 1869 die volle politische Gleichberechtigung. In England, dem eigentlichsten Heimatland der Frauenstimmrechtbewegung, ist es den Frauen nach Jahrzehnten schwierigen Kampfes während des Krieges gelungen, das Recht zur Wahl wenigstens vom 80. Jahre ab zu erlangen. Auch in den nordischen Staaten haben die Frauen in ihren Streben nach politischer Gleichberechtigung bereits gute Erfolge erzielt. Das Frauenstimmrecht ist überhaupt nicht etwas so Neuartiges, wie man vielleicht denkt. Im alten Griechenland waren bereits Bewegungen für das Frauenstimmrecht im Gang, der Romantik, der sich in formeller Entwicklung in den Werken des Aristophanes ausdrückt. Während der französischen Revolution versuchten die Frauen dem "politischen Recht des Weibes" Gestalt zu verleihen. In einzelnen Verfassungen und für gewisse Templer sind sie immer wahlberechtigt gewesen; so erhielten z. B. 1849 die Frauen der niederösterreichischen Gemeinden das aktive Wahlrecht für die Gemeindevertretung, das sie bis heute ausgesetzt haben. In Deutschland wurde die vollrechte Entmündigung der Frau durch die befreiten Verhältnisse überdeckt, später aufgehoben, als in anderen Ländern. Doch ist auch hier logisch mit dem Eintritt der Frauenbewegung die Förderung des Frauenstimmrechts aufgetreten. Schon die eigentlich Begründerin des deut. Frauenbewegung, Luise Otto, verlangte in dem freilichtigen Programm, das 1848 von den Frauen aufgestellt wurde, als einen der wichtigsten Grundätze die offizielle Teilnahme der Frau am Staatsleben. Von höchster Wichtigkeit für die Fortentwicklung des Gebäudens war dann auch für Deutschland das Werk des Engländer John Stuart Mill, dessen Umlagegeschift "Die Abhängigkeit der Frau" Ende des 19. Jahrhunderts durch das Deutsche übertragen wurde. Damals etablierten bedeutende Männer die Berechtigung der Frauenförderungen an. So erklärte der große Historiker Heinrich von Sybel, daß man der Frau das aktive Wahlrecht nicht verweigern dürfe, wenn man dies Recht nicht an bestimmte Pfeilungen knüpft, sondern wenn man es, wie es in der deutschen Verfassung geschah, als ein "Menschenrecht" betrachtet. Ebenso äußerte H. der Theologiprofessor Hermann Jacob: "Wenn das Stimmrecht so vielen Männern gegeben wird, deren politische Einsicht sich auch nur in Unwissen und Unzulänglichkeit, dann ist es billig, auch die Frauen zur Wahlzurkunft einzuladen. Und wenn hier Männer für das Wahlrecht der Frau eintreten, so ist es von den Frauen selbst seit der Gründung des Deutschen Reichs immer wieder mit Leidenschaft gefordert worden. So rief Hedwig Dohm in ihrer 1876 erschienenen Schrift "Der Frauen Name und Recht" mit der ihr eigenen glänzenden Persönlichkeit die Frauen dazu auf, das Stimmrecht zu fordern als den Schlüssel zu allen Rechten und Freiheiten, von denen sie noch ausgeschlossen seien. Bedeutend war eine am 2. Dezember 1884 in Berlin tagende Versammlung, in der Lin von Gleichen in einem Vortrag über "Die Bürgerpflicht der Frau" das Wahlrecht als „die Anwendung der Prinzipien des modernen Staates“ auch auf die anherrschende Menschheit, die Frauen, forderte. Durch die Mitarbeit, die die Frau allmählich in den Gemeinvereinetreten und in das sozialen Wohlfahrtserlangte, ist sie dann der Weg zur politischen Gleichberechtigung gehabt worden. Immer wieder traten Verantwortungen des Bundes Deutscher Frauenvereine für das Frauenstimmrecht ein, und im steigenden Maße nahmen sie Anteil an allen politischen Fragen, die auch nicht unmittelbar mit der Frauenbewegung zusammenhingen. Um diese hat die Frau in dieser Richtung gewaltsam viele Wege fortgeführt gemacht. Sie hat sich in leidenden Siedlungen auf allen Gebieten der Verwaltung beworben, und es erzielte keine Verwirrung mehr, als eine Frau als Politikerin mit in das Parlament einzutreten. So hat die Ministerin am 1. Sept. 1918 Mannes gleichzeitig am 1. Sept. 1918 Mannes gewählt.

„nur eine verdiente Anerkennung dieser

Gewinnliste des Sonnen-Zirkusvereins Gröba.

| Pos. | Gew. |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Nr. |
82	41	82	88	547	28	692	88	889	50
41	82	86	88	585	64	710	29	890	2
96	8	88	44	589	52	728	40	895	22
97	81	88	51	581	8	781	55	904	69
117	60	404	58	587	18	784	7	927	42
125	89	407	86	588	57	784	23	938	14
217	21	425	9	584	4	788	17	945	69
223	84	444	6	607	54	787	35	970	65
231	84	459	61	614	27	797	37	980	15
245	25	487	45	624	70	802	16	1000	12
258	50	480	88	689	8	817	67		
261	49	491	47	640	81	847	20		
268	48	503	10	651	48	851	63		
297	6	506	41	671	24	878	19		
300	1	510	11	672	58	878	8		

Ranischen-Zirkus-Verein Gröba und Ums.
Vorstand: Max Seurig,
Schiffbau-Str., Miesa.

1. Klasse 174. Vaudreliette,
Siebung am 4. und 5. Dezember 1918,
empfohlen

LOSE Ferdinand Schlegel, Riesa.

Heute abend 1/28 Uhr im Stern

Theater der Feldgrauen.

Möbliertes Zimmer

1. 12. mögl. Nähe Waller-Wilhel.-Platz gelehnt. Angebote mit Preis unt. E 600 an das Tageblatt Miesa.

Angestelltes Industrie zum 1. 12. lauberes

gutmöbliertes Zimmer

in Miesa, Off. und K. & see an das Tageblatt Miesa.

Stube u. Kammer

von einzelner Person sofort zu mieten gesucht. Off. und L. E 600 an das Tahl. Miesa.

Möbl. Zimmer

für einen Herrn gesucht. Offeren bei Otto Morgen-berg, Hauptstraße 70.

Eine geübte Näherin

findet sofort gutlohnende Beschäftigung bei Otto Henning, Wettinerstr.

Ein

Wirtschaftsmädchen

nicht unter 20 Uhr. sucht für Neujahr 1919

Mitarbeiterin

zu mieten. Offeren bei der Theatral. Miesa.

Schreiberin

findet sofort gute Lehrstelle im Riesaer Tageblatt.

Reelles Heiratsgesch.

Witwe, Mitte 50, sucht die Bekanntmachung eines besseren Herrn.

Wiederholung

in einem Landhaus bei Leipzig gesucht.

Schweine

werden sofort geschnitten.

Büffel

zu erfahren bei Gustav Wachtel, Glaubitz Nr. 17.

mittelbare

Arbeitspferde,

brauner und rotfleckiger Wallache, in gutem Zustande, verkaufen.

Gutes Pferd,

Waderich bei Mühlau.